



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Berichtigung.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

dreht, nie um das Verhältniß Sachsens zum Reich, unsrer Regierung zur Politik der Reichsregierung. Nach alledem hätte man annehmen sollen, daß die sächsische Regierung vor allem zur Correctur der von dem früheren sächsischen Premier verschuldeten antinationalen Erziehungsfehler, welche den Reichsfeinden bei uns so sehr zu statten kommen, nicht minder aber zu ihrer eigenen Kräftigung in dem leidenschaftlichen Widerstreit der Parteien, sich bereitwilligst auf die Führer der nationalen Partei stützen, mindestens denselben bei den Reichstagswahlen nicht Schwierigkeiten bereiten werde. Und was ist statt dessen geschehen? Seit dem Frühjahr vor. J. wurden die Nationalen unablässig in der von königl. Staatsbeamten redigirten, geschriebenen und überwachten officiösen „Leipziger Zeitung“ und von dem ganzen Chorus der von der Regierung „vinculirten“ Amtsblätter als „ein Unglück“ fürs Land bezeichnet, ihnen „der Krieg bis aufs Messer“ verkündigt; noch während der Wahlagitatio wurde ihnen durch die alten Fabeln von Annexionsbestrebungen u. s. w. aller Credit abgeschnitten, alles aufgeboten, ihren Candidaten überall den Sieg unmöglich zu machen, obwohl in mehreren Wahlkreisen die nationale Partei bereitwillig den Regierungscandidaten mit unterstützte. Die ungeheuerlichsten Erscheinungen sind hierdurch zu Tage getreten. In Dresden hat ein biederer Beamter für Joh. Jacoby gestimmt, weil er glaubte, die Regierung habe ihm den Wahlzettel, der diesen Namen trug, ins Haus geschickt; in Colditz, einem ackerbautreibenden Landstädtchen, hat der socialdemokratische Candidat mehr Stimmen erzielt, als der liberale und conservative zusammen; im Leipziger Landkreis haben die particularistischen Hochtorics v. Friesen und Graf Hohenthal an der Spitze der sog. „Fortschrittspartei“ die Wiederwahl des nationalen Abgeordneten hintertrieben; in P. — hat ein richterlicher Beamter der nationalen Partei in offenen Wahlaufrufen zucht hauswürdige Verbrechen angedichtet. Ueberall hat aus der Verwirrung, welche das Verhalten der Regierung angestiftet, nur eine Partei Erfolg davongetragen: Der Reichsfeind, die Socialdemokratie. Und der von königl. Staatsbeamten redigirten „Leipziger Zeitung“ erschien dieses Wahlresultat relativ erfreulich, weil die Nationalen einige Sitze dabei eingebüßt hatten.

Die nationale Partei Sachsens darf vielleicht die Hoffnung hegen, daß der Ausgang der jüngsten Reichstagswahlen ihr bei der Regierung eine andere Stellung und Würdigung verleihen wird, als bisher. Doch sind wir in dieser Hinsicht weit entfernt von Illusionen. Ein Toast macht keine Politik, eine Schwalbe keinen Sommer. Die nationale Partei wird unter allen Umständen ihren Weg gehen nach wie vor, sie wird ihre Pflicht thun, womöglich noch besser als bisher, und denselben Zielen zustreben, wie bisher: der Einheit, Macht und Freiheit Deutschlands. Die Gemeinschaft der Millionen gleichgesinnter deutscher Staatsbürger, die mit ihr streben, bietet ihr die Zuversicht, daß der Sieg ihr gehören muß. —

S. B.

## Berichtigung.

In dem letzten „Briefe aus der Kaiserstadt“ muß es zu Anfang des zweiten Absatzes S. 156 heißen: „So nüchtern . . . ist das Geschlecht unserer Tage, zum mindesten die Bevölkerung der Hauptstadt. Ohne Zweifel ist diese prosaische Stimmung den praktischen Aufgaben . . . förderlicher“ u. s. w.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Hans Blum.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Gützel & Wegler in Leipzig.